

# UNION

Z 6796 C

BONN • 2. JUNI 1960  
NR. 22 • 14. JAHRGANG

## in Deutschland

### INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

## Paris war kein Einzelfall

### 15 Jahre Sabotage am Frieden - Etappen der sowjetischen Außenpolitik seit 1945

Indem der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow die Pariser Gipfelkonferenz scheitern ließ, hat er der Kette von Sabotagehandlungen, mit denen die sowjetische Außenpolitik seit 1945 den Frieden gefährdet, nur ein neues Glied angefügt. Die Brutalität seines Auftretens hat diesen Eindruck noch verstärkt. Das Urteil der freien Welt über diese Sabotagepolitik steht fest.

In keinem internationalen Gremium, in keiner Konferenz mit den Vertretern der freien Völker und in keinem Fall weltweiter Diskussion oder Verhandlung hat sich die Sowjetregierung seit Ende des Weltkrieges als Partner gemeinsamen Wiederaufbaus erwiesen.

Moskaus Politik verfolgt statt dessen ohne Unterlaß die Ziele des sowjet-russischen Imperialismus und der kommunistischen Expansion. Daß die Völker der Erde bis heute keinen Frieden haben, ist das Ergebnis dieser als Politik getarnten Sabotage. Hier eine Auslese aus der Zeit seit 1945 — eine Sammlung, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Allein von 1945 bis 1947 senkten die USA ihre Militärausgaben um 77 Milliarden Dollar. Im Staatshaushalt der Sowjetunion aber waren 1949 noch immer 20 Milliarden Dollar für die Rüstung aufgeführt — von den heimlichen, im Haushalt nicht verzeichneten Rüstungsausgaben der Sowjetunion ganz zu schweigen. Im gleichen Jahr 1949 wendeten die USA — als Folge der aggressiven sowjetischen Nachkriegspolitik — 12 Milliarden Dollar für Militärausgaben auf.

Seit Beginn der Abrüstungsverhandlungen im Abrüstungs-Unterausschuß der UNO (1954) verweigert Moskau jede

konkret-praktische Abrüstungskontrolle, die den freien Völkern allein die Sicherheit gäbe, daß Moskau ein etwaiges Abrüstungsabkommen auch tatsächlich durchführt.

Seit dem 2. August 1957 lehnt Moskau den amerikanischen Plan „Offener Himmel“ ab: Der Plan sieht eine internationale Luftinspektion mit modernsten Geräten der Luftaufklärung über den ganzen USA, ganz Kanada und der gesamten Sowjetunion vor. Damit soll gegen Überraschungsangriffe von beiden Seiten vorgesorgt werden. Chruschtschow aber wich aus: „Wir lassen uns nicht in unser Schlafzimmer schauen...“

Alle nach sowjetischen Teilzugeständnissen aufgekommene Hoffnung auf den Abschluß einer internationalen Vereinbarung über die Abrüstungskontrolle ist bis zur Stunde ständig daran gescheitert, daß die Sowjets zwar in allgemeinen Fragen ja sagten, sich aber sofort zurückzogen, wenn die Diskussionen konkret wurden.

## Alle Vorschläge zurückgewiesen

**KERNENERGIE:** 1946 legten die USA den Vereinten Nationen den Entwurf eines Vertrages über die internationale Kontrolle der Kernenergie vor. Die Regierung der USA setzte sich dafür ein, sämtliche atomaren Forschungs- und Produktionseinrichtungen der Vereinigten Staaten der Kontrolle eines internationalen Ausschusses zu unterstellen. Die USA waren bereit, sofort nach Schaffung dieser internationalen Organisation unter deren Kontrolle sämtliche amerikanischen Atombomben zu vernichten. Das war der „Baruch-Plan“. Er verlangte selbstverständlich auch die Unterstellung der anderen Großmächte unter die internationale Atomkontrolle. Die USA gaben so ein geschichtliches Beispiel, indem sie als damals einzige Atommacht der Welt bereit waren, auf dieses gigantische Machtinstrument zu verzichten. Die Sowjetunion war damals aber bereits im Begriff, eigene Atombomben herzustellen. Moskau lehnte den Baruch-Plan, also die internationale Kontrolle und die Vernichtung aller Atombomben, ab.

**MARSHALLPLAN:** 1947 verkündete der amerikanische Außenminister Marshall das Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für Europa. Diese amerikanische Wirtschaftshilfe wurde allen Staaten des europäischen Kontinents angeboten. Am 7. Juli 1947 beschloß die damals noch nicht kommunistische Regierung in Prag (Tschechoslowakei) sich an der bevorstehenden Marshallplan-Konferenz in Paris zu beteiligen und die Wirtschaftshilfe der USA anzunehmen. Wenige Tage später wurde der damalige tschechische Ministerpräsident Gottwald (Kommunist) zusammen mit dem (parteilosen) Außenminister Masaryk nach Moskau befohlen. Dort erklärte Stalin: „Kein Staat kann Verbündeter der Sowjetunion sein und gleichzeitig dem Marshallplan angehören.“ Damit verhinderte die Sowjetunion, daß ein Land seines Machtbereiches sich dem amerikanischen Hilfsprogramm anschloß: Prag zog seine Zusage sofort zurück.

**OSTEUROPA:** Die demokratische Entwicklung im Osten Europas wurde von

**UNO:** Seit dem Bestehen der Weltorganisation haben die sowjetischen Vertreter insgesamt 85mal von ihrem Veto-Recht als Beauftragte einer der Großmächte Gebrauch gemacht und damit Entscheidungen verhindert, die von der Mehrheit der 11 Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gewünscht wurden.

Seit 1946 lehnt die Sowjetregierung alle Projekte und Vorschläge zur Aufstellung einer internationalen Polizeitruppe der UNO ab.

1946 konnte die Regierung des Iran (Persiens) nur durch Anrufen des Sicherheitsrates der UNO unter dem massiven Druck der Westmächte die Räumung der nordpersischen Provinzen durch die Rote Armee durchsetzen.

**ABRÜSTUNG:** Nach Ende des Weltkrieges verminderten die USA ihre Streitkräfte von 12,3 Millionen Mann binnen 18 Monaten auf 600 000. Die Sowjetunion aber hatte 1949 — 4 Jahre nach Kriegsende — noch immer 4 Millionen Mann unter Waffen.

# Paris war kein Einzelfall

Fortsetzung von Seite 1

Moskau planmäßig abgewürgt. Laut Protokoll der interalliierten Konferenz von Jalta (11. Februar 1945) sagte die provisorische Regierung Polens allgemeine, freie und geheime Wahlen für Polen zu. Als diese „Wahlen“ 1947 mit mehr als einjähriger Verspätung endlich stattgefunden hatten, gab es unter den 444 Abgeordneten des polnischen „Parlaments“ nur 28 Vertreter der Bauernpartei, welche die überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung vertrat (jetzt ist die Partei verboten). Das US-Außenministerium kommentierte: „Die polnischen Wahlen waren nicht frei“.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Ungarn sah die Bildung einer alliierten Kontrollkommission mit amerikanischer und englischer Beteiligung vor. Der Vertrag von Potsdam (August 1945) bestimmte, daß die Kontrollkommissionen für Rumänien, Bulgarien und Ungarn ständig unter aktiver Teilnahme der USA und Englands zu überprüfen seien. In allen Ländern handelten die sowjetischen Vertreter unter dem Schutz der Roten Armee dauernd eigenmächtig, zogen die Vertreter der westlichen Verbündeten weder hinzu noch benachrichtigten sie sie. In Ungarn setzte die Sowjetregierung eigenmächtig die Sollstärke des kommunistisch-ungarischen Heeres fest. Den Vertretern der USA wurde das Recht verweigert (Mai 1947), Einheiten des ungarischen Heeres zu inspizieren. Die US-Mitglieder der Kontrollkommission durften sich in Ungarn nicht einmal frei bewegen.

In Bulgarien unterbanden die Sowjets im Gegensatz zum Vertrag von Potsdam die freie Berichterstattung der westlichen Presse.

In Rumänien erzwang der führende Sowjetfunktionär und ehemalige Generalstaatsanwalt Wyschinskij im Februar/März 1945 den Rücktritt einer demokratischen und die Bildung einer kommunistischen Regierung, obwohl gerade kurz vorher — am 11. Februar — von den Alliierten in Jalta beschlossen worden war, den Rumänen zu helfen, ihre Probleme „mit demokratischen Mitteln“ zu lösen.

Mitte Februar 1948 marschierte die Rote Armee an der Grenze der Tschechoslowakei auf. Der sowjetische Spitzenfunktionär und heutige stellvertretende Außenminister Sorin reiste nach Prag und dirigierte den kommunistischen Staatsstreich, der am 25. Februar zur Bildung einer kommunistischen Regierung führte. So leitete Moskau seit 1945 nach der Befreiung Osteuropas von den Nazis die kommunistische Unterjochung ein.

**DEUTSCHLAND:** Seitdem in Moskau klar wurde, daß die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staates unter kommunistischer Oberherrschaft am Widerstand der demokratischen Kräfte Westdeutschlands scheiterte, steuerte die sowjetische Außenpolitik nach 1945 die Spaltung unseres Landes an. Der Gang der Geschichte ist bekannt. Hier nur einige kleine Schlaglichter:

Mit Beschlüssen vom 12. Oktober 1945, 11. Februar 1946 und 19. Dezember 1947 verlangte der Alliierte Kontrollrat (Sitz: Berlin, Mitglieder: die vier Besatzungsmächte) die Vereinheitlichung der Steuern in ganz Deutschland und die Stabili-

sierung der Löhne und Gehälter im gesamten Gebiet des früheren Deutschen Reiches. Die sowjetischen Behörden aber führten dieses von ihnen selbst mitgeschlossene Gesetz nie durch, um die Abwanderung von Facharbeitern nach Westen zu verhindern.

Mit Beschluß vom 27. Juni 1947 setzte der Kontrollrat fest, daß der freie Austausch von Publikationen und Filmen zwischen den vier Besatzungszonen zu sichern sei. Die sowjetischen Behörden verboten aber die Einfuhr derartigen Materials aus den anderen Zonen.

Mit Beschluß vom 12. Oktober 1946 verfügte der Alliierte Kontrollrat: „Die Beschlüsse der Alliierten sind von den politischen Führern Deutschlands zu respektieren; die Besatzungsmächte werden ihre Einigkeit wahren...“ Die sowjetischen Behörden aber starteten etwa zur gleichen Zeit eine große Verleumdungskampagne gegen die Westmächte, vor allem gegen die USA.

Der Rat der alliierten Außenminister verfügte am 10. März 1947, daß alle deutschen Kriegsgefangenen vor dem 31. Dezember 1948 in ihre Heimat zu entlassen sind. Die Sowjetunion verschob diesen Termin eigenmächtig auf den 1. Januar 1950 — aber erst nach Dr. Adenauers Verhandlungen im Herbst 1955 in Moskau wurde die Entlassung auch der letzten deutschen Gefangenen zugesagt.

Wie Moskau gerade die alliierten Vereinbarungen sabotierte, zeigt folgendes: Laut Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 wird die „oberste Gewalt in Deutschland von dem Kontrollrat der vier Oberbefehlshaber ausgeübt“. Am 20. März 1948 aber vertagte der sowjetische Oberbefehlshaber in Deutschland eigenmächtig eine Sitzung des Kontrollrates und führte damit dessen Beschlußunfähigkeit herbei.

## „Grenzenlose Naivität“

Dr. Fay kritisiert merkwürdigen Kulturaustausch

Auf die politische Wichtigkeit gerade auch der Kommunalwahlen wies der Landesvorsitzende der CDU in Hessen, Dr. Wilhelm Fay, auf einer Tagung in Rüdesheim hin, und zwar im Hinblick auf die immer wieder stattfindenden „Kontakte“ mit sowjetzonalen Organisationen und den propagandistischen Mißbrauch des sogenannten Kulturaustausches.

Die vielfach grenzenlose politische Naivität der Verantwortlichen in den Gemeinden demonstrierte Dr. Fay besonders an dem Beispiel des Frankfurter Generalintendanten Buckwitz. Dieser wußte bei einem Theateraustausch mit Ostberlin einer Brecht-Darbietung der Ostberliner nichts anderes entgegenzustellen, als eine Brecht-Aufführung der Frankfurter Bühne in Ostberlin. Dr. Fay erinnerte daran, daß man in Frankfurt bereits einmal in den zwanziger Jahren „Brülle, China“ aufgeführt habe, in dessen Schlußzene unter der Begeisterung der Zuschauer die rote Fahne entrollt

Laut der gleichen Viermächteerklärung war „die Verwaltung Berlins von einer aus den vier Stadtkommandanten bestehenden ‚Kommandantura‘ wahrzunehmen“. Am 16. Juni 1948 aber verließ der sowjetische Vertreter die Sitzung der Kommandantura. Am 1. Juli 1948 lehnten die sowjetischen Behörden jede weitere Teilnahme an der Sitzung ab. Am 2. Juli 1948 begann die sowjetische Hungerblockade gegen West-Berlin, die erst am 19. Mai 1949 an der Härte des Westens und der Berliner scheiterte.

Auf der Genfer Konferenz im Juli 1955 rangen die Staatsmänner der Westmächte mit den Sowjets, die damals noch von Bulganin vertreten wurden, um die Grundlagen einer internationalen Entspannung. Infolge der starren sowjetischen Haltung konnte in der Deutschlandfrage nichts weiter erzielt werden als die die magere Formulierung, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands solle unter Berücksichtigung der Sicherheit aller Beteiligten studiert werden. Kurz darauf hielt Chruschtschow in Ost-Berlin eine Rede, in der er die bekannte These von den zwei Staaten in Deutschland erneut vertrat und scharfe Angriffe gegen Bundeskanzler Adenauer und die „Revanchisten“ in der Bundesrepublik richtete. Die Genfer Gipfelkonferenz von 1955 blieb ohne jedes politische Ergebnis, da die Sowjets in keiner der zur Debatte stehenden Fragen — Wiedervereinigung, Sicherheit und Abrüstung — auch nur die geringsten Konzessionen machten.

Es bleibt noch hinzuzufügen, daß die Westalliierten und die Sowjetunion 6 Jahre lang in rund 270 Sitzungen verhandelten, ehe Moskau sich endlich im Jahre 1955 zum Abschluß des Staatsvertrages für Österreich bereit fand. Japan aber hat heute noch keinen Friedensvertrag mit der Sowjetunion, weil die sowjetische Regierung es im September 1951 ablehnte, den in San Franzisko frei ausgehandelten Vertrag zu unterzeichnen. Moskau protestierte statt dessen.

wurde. In diesem Zusammenhang wies Dr. Fay darauf hin, daß genau in der Zeit, in der das Bauernlegen in der Zone mit rücksichtsloser Brutalität durchgeführt wurde, im Münchener Deutschen Theater das Ostberliner Staatsopernballett gastierte. Das Ballett führte Szenen aus dem Kolchosleben vor. „Wahrlich, es ist nicht zu fassen!“, erklärte Dr. Fay, „Ulbricht peitscht Zehntausende deutsche Bauern in die Zwangskollektive, in die Flucht oder in den Selbstmord. Und zur gleichen Stunde klatscht ein sattes Münchener Publikum der tänzerischen Verherrlichung des Kolchoslebens Beifall.“

# Leminow's Kultura

## Presseecho zum Spionagefall in Rolandseck

Überraschend schnell und lautlos ist der sowjetische Diplomat Leminow, Mitglied der Sowjetbotschaft in Rolandseck, nach Moskau zurückgekehrt, nachdem gegen ihn der Vorwurf erhoben worden war, er habe als Begleiter eines sowjetischen Kulturensembles Spionage getrieben. Wir veröffentlichen zwei Zeitungskommentare zu diesem Zwischenfall — einem unter vielen.

„Mein Herz und meine Hände sind rein“, rief Chruschtschow vor kurzem, während er die USA der fluchwürdigsten Spionage bezichtigte. Darf man unter Berufung auf dieses ‚Bekenntnis‘ fragen, weshalb das Mitglied der Sowjetbotschaft in Rolandseck, Lewinow, so eilig auszureisen wünscht?

Weil der sowjetische Spionagedienst in der Bundesrepublik eine ähnlich flagrante Panne erlebt hat wie jüngst in der Schweiz. Nur mit der besonderen Pointe, daß diesmal die sowjetischen ‚Kultur-Tourneen als Spionageveranstaltungen enthüllt werden. Der stellvertretende ‚Chorleiter‘ als Spionage-Korpskommandant — Musik als Mittel zur Völkerverstärkung und Agentenanwerbung.

Soll man nun Chruschtschows Enttarnung nachahmen, oder schlicht sagen: so haben wir uns das schon immer ge-

dacht? das zweite. Allerdings mit dem Nachsatz: Besser aufpassen! — bei sowjetischen Sirenen-Chören und sonstiger Kultura.“

Kölnische Rundschau, 31. Mai

„Die relativ geräuschlose Behandlung des Rolandsecker Spionagefalles durch die deutschen Stellen beweist, daß die Bundesregierung bei aller Abwehr feindlicher Agenten nichts tun will, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen noch weiter zu belasten. Der verdächtige Diplomat konnte ohne Umstände ausreisen. Es bleibt abzuwarten, was nun Moskau aus dem Vorfall macht. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen fördern in ihrer gegenwärtigen Trostlosigkeit nicht einmal mehr unfreundliche Noten zutage, wie sie früher zwischen Moskau und Bonn ausgetauscht zu werden pflegten. Ob sich unter der rabiaten Raketendrohung, die Malinowski neuerdings gegen die Länder geschleudert hat, die amerikanische Flugzeuge beherbergen, der fast gerissene Draht zwischen den beiden Hauptstädten wieder um eine Winzigkeit fester knüpfen läßt, wird in Bonn untersucht werden, wenn der deutsche Botschafter aus Moskau zur Berichterstattung kommt. Zunächst sind nur die Trümmer zu besichtigen und zu sortieren, in die Moskaus Griff nach West-Berlin die beiderseitigen Beziehungen verwandelt hat.“

Bonner Generalanzeiger, 31. Mai

## Nicht mehr: „Deutschland“

### Eine amtliche Verfügung des Pankower Regimes

Das sowjetzonale Ministerium für Kultur, Klara-Zetkin-Straße 90, Ost-Berlin, hat mit Unterschrift „Tiedt“ eine Verfügung herausgebracht, nach welcher alle Druckgenehmigungsstellen angewiesen werden, den Begriff „Deutschland“ nicht mehr zu verwenden.

In der Verfügung heißt es wörtlich: „In allen kartografischen Erzeugnissen ist der Begriff Deutschland nicht mehr zu verwenden.“ Es wird darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Publikationen, Atlanten usw. bisher „unrichtige Darstellungen“ gegeben wurden. „Derartige Mängel beeinträchtigen unsere Dokumentation und wirken sich hindernd auf die Durchsetzung unserer politischen Linie aus.“ Weiterhin wird verlangt, „daß die beiden deutschen Staaten klar und eindeutig als selbständige Staaten voneinander unterschieden werden. In kartografischen Abhandlungen muß die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland als vollwertige Staatsgrenze wie zwischen anderen Staaten eingezeichnet werden. Eine Unterscheidung der beiden deutschen Staaten ist nicht wie bisher durch unterschiedliche Tönung der gleichen Farbe, sondern durch eine unterschiedliche Farbtonung vorzunehmen. Als Begriffe sind

‚Deutsche Demokratische Republik‘ und ‚Westdeutschland‘ zu verwenden. Bei der Darstellung West-Berlins muß klar die Zugehörigkeit zum Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht werden. Des weiteren ist bei der Darstellung West-Berlins in Publikationen darauf zu achten, daß dies nur im Zusammenhang mit der Deutschen Demokratischen Republik geschieht.“

Beiläufig erhebt sich die Frage, ob nun das sowjetzonale Kultusministerium auch die Worte „Deutschland, einig Vaterland“ aus dem Text der Hymne seines verstorbenen Amtschefs Becher streichen wird.

### BHE - Kreisverband aufgelöst

Der Kreisverband Krefeld-Stadt im Gesamtdeutschen Block/BHE hat die Konsequenzen aus der politischen Entwicklung gezogen und sich aufgelöst. Der Gründer und Vorsitzende der Kreisgruppe sowie der Vorstand und die Mitglieder hatten auf einer Versammlung einstimmig beschlossen, aus dem BHE auszutreten, da eine erfolgreiche Arbeit in Nordrhein-Westfalen nicht mehr möglich sei. Der Gründer und Vorsitzende der Kreisgruppe ist inzwischen zur CDU übergetreten.

## Auf ein Wort

Liebe Freunde,

nachstehend finden Sie das Ergebnis eines kleinen Wochenstreifzuges durch den Blätterwald. Es wirft Streiflichter auf die „Gemeinsame Außenpolitik“, wie sie die SPD ins Gespräch bringen möchte. So wurde in den Zeitungen vermerkt, daß die SPD-Fraktion den staatsmännischen Ausführungen des Kanzlers zur Außenpolitik im Bundestag selbst dann mit eisigem Schweigen zuhörte, als er den Dank des deutschen Volkes an unsere Alliierten aussprach, während die CDU/CSU ihrerseits mit ihrem Beifall die Erklärungen Ollenhauers unterstrich, in denen er die Schuld Chruschtschows am Pariser Mißerfolg hervorhob.

Der Vorgang ist bemerkenswert, aber er steht nicht vereinzelt da. Im offiziellen Organ der SPD, dem „Vorwärts“, z. B. befürwortete Herbert Wehner am 27. Mai auf der ersten Seite eine „redliche Bestandsaufnahme“ in der Außenpolitik. Auf Seite 5 gab eine gehässige Karikatur die Illustration, was hier unter Redlichkeit zu verstehen ist. Man sieht Mars mit dem Schwert. Auf seine Aufforderung: „Kommt hervor, Ihr kalten Krieger; Eure Aktien steigen wieder!“ treten aus den Kulissen Ulbricht und Bundeskanzler Adenauer.

Einen Tag später war in der „Welt“ ein Beitrag des sozialdemokratischen MdB Fritz Baade zu lesen. (Oder gibt es etwa einen Namensvetter von Professor Baade, der hier Politik treibt?) Unter der Überschrift „Jetzt erst recht Koexistenz“ verteilt er vier Tage nach Ollenhauers Feststellungen über Chruschtschows Verantwortung die „Schuld“ zwischen Eisenhower und Chruschtschow, nicht ohne das größere Gewicht auf Eisenhowers Waagschale zu legen.

Was soll man ferner dazu sagen, daß der sozialdemokratische Politisch-Parlamentarische Pressedienst die gewiß bedenkliche Feststellung, innerhalb von drei Jahren würden elf bisherige „Nicht-Atom-Staaten“ technisch in der Lage sein, auch Atombomben herzustellen, unter folgende Überschrift stellte: „Bonn kann in drei Jahren A-Waffen bauen. Alarmierender Bericht . . .“. Nicht elf Staaten, nicht Rotchina, nicht die Tschechoslowakei, nicht Ulbrichts Kolonialregime, nein, „Bonn“. Selbstverständlich fehlt in dieser Darstellung auch nur der bescheidenste Hinweis auf den ausdrücklichen Verzicht der Bundesrepublik, eigene Atomwaffen zu bauen.

Die Sammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie spricht für sich!

Ihr Konrad Kraske

# Für den sozialen Fortschritt

## Zur Diskussion um die Krankenversicherungsreform

**Bundesarbeitsminister Theodor Blank hat mit seinem Entwurf für die Neuordnung der sozialen Krankenversicherung sozialpolitisches Neuland betreten. Die von Blank entwickelten Grundsätze bedeuten einen großen Fortschritt auf dem Wege zu einer neuen Sozialordnung.**

Die Diskussion über den Entwurf der Bundesregierung hat bisher jedoch daran gemangelt, daß die Leistungsverbesserungen für die Versicherten von den Gegnern der Reform bewußt verschwiegen oder bagatellisiert worden sind. In dem Entwurf geht es nicht nur um die Einführung einer Selbstkostenbeteiligung für den Versicherten, sondern im wesentlichen um Leistungsverbesserungen, die dem Versicherten und seiner Familie einen umfassenden Schutz bei Krankheit gewährleisten sollen. Besonders das Risiko der schweren und langdauernden Krankheit, dem noch immer viele Menschen in der Bundesrepublik ausgesetzt sind, soll möglichst weitgehend durch die ganze Gemeinschaft der Versicherten getragen werden.

Im einzelnen sind in dem Entwurf folgende Leistungsverbesserungen vorgesehen.

1. Die Beseitigung der Aussteuerung bei Krankengeld und Krankenhausaufenthalt; die Ausdehnung der Leistungsdauer von bisher gesetzlich 26 auf 78 Wochen.
2. Die Erhöhung des Krankengeldes bei längerer Arbeitsunfähigkeit von gesetzlich bisher 50 auf 60 bis 75 v. H. des Brutto-Arbeitsentgelts. Das entspricht etwa 80 v. H. des Netto-Arbeitsentgelts.
3. Als neue gesetzliche Leistung der Krankenkassen eine Vorsorgehilfe zur Erhaltung der Gesundheit.
4. Ein Rechtsanspruch auf Zahnersatz bei einer jährlichen Vorsorgeuntersuchung.
5. Ein Rechtsanspruch auf Krankenhauspflge.
6. Eine Erhöhung des bisherigen Hausgeldes für die Familie bei Krankenhausaufenthalt des Versicherten.
7. Die Einbeziehung der Familie in den vollen gesetzlichen Versicherungsschutz.
8. Hauspflege bei Krankheit oder bei Mutterschaft der Hausfrau.
9. Eine Erhöhung des Sterbegeldes.
10. Krankenversicherungsschutz auch bei Auslandsaufenthalt.

Diese Leistungsverbesserungen kosten natürlich Geld. Die CDU/CSU und die Bundesregierung wollen nicht, daß die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung weiter erhöht werden. Durch die Mitwirkung der an der Versicherung Beteiligten aber soll die steigende Finanzbelastung der Versichertengemeinschaft in tragbaren Grenzen gehalten werden. Eine Beitragserhöhung würde den einzelnen Versicherten stark belasten. Da heute die Löhne und Gehälter ohnehin schon durch Abgaben aller Art empfindlich beschritten werden, wollen CDU und CSU diesen Weg nicht gehen. Deshalb hat auch Bundesarbeitsminister Blank eine Selbstkostenbeteiligung der

Versicherten gefordert. Er will — und darin wird er von der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt — das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen Versicherten gegenüber der Versichertengemeinschaft wecken.

### Soll der Staat bezahlen?

Die SPD möchte am liebsten nur die „Rosinen“ aus dem Entwurf heraushehlen. Das hat sie durch die Vorlage ihres Vorschaltgesetzes bewiesen. Die Sozialdemokraten wollen die Mehrbelastungen nur dem Staat aufbürden. Ihre Vorstellung von Sozialpolitik gipfelt in einem System der Staatsversorgung.

Bundesarbeitsminister Blank und die CDU/CSU dagegen wollen, daß jeder Versicherte und jeder Arzt im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft der Versicherten und gegenüber dem eigenen Gewissen handeln. Ihnen geht es um die Frage, ob der einzelne Staatsbürger die Solidarität noch ernst nimmt und deshalb die Gemeinschaft nicht mit solchen Ansprüchen belastet, die er aus eigener Kraft leisten kann. Ein Gemeinwesen kann nur dann gedeihen, wenn der einzelne nicht nur für, sondern auch von sich etwas fordert.

### Die neue Lösung

Die Methode, mit der dieses Verantwortungsgefühl des einzelnen gewahrt werden soll, ist natürlich verschiedenartig. Der Regierungsentwurf sieht eine gesetzlich verankerte Selbstbeteiligung an den Arztkosten, den Krankenkosten und an den Arzneikosten, die mit einer neuen Gebührenordnung für die Ärzte gekoppelt werden sollen, vor. Dieser Vorschlag fand nicht die einhellige Zustimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach langwierigen intensiven Beratungen, an denen die Experten der Fraktion und Bundesarbeitsminister Blank beteiligt waren, kam schließlich ein Kompromiß zustande, das von der Fraktion einstimmig gebilligt wurde.

Dieser Kompromiß sieht folgendes vor:

1. Wenn die bisherige Höhe der Ausgaben für Sachleistungen überschritten wird, haben die Selbstverwaltungskörperschaften der Krankenkassen eine Krankenscheingebühr einzuführen.
2. Steigen die Aufwendungen der Kassen trotzdem weiter, so ist von den Kassen eine Selbstbeteiligung je ärztlicher Leistung einzuführen.
3. Anstelle dieser beiden Regelungen können die Kassen eine prozentuale Selbstbeteiligung der Versicherten an den ärztlichen Leistungen einführen. Die Höchstbelastung je Vierteljahr (Quartal) darf für den Versicherten aber 15,— DM nicht überschreiten. Kinder sollen frei bleiben. Damit will man insbesondere

den kinderreichen Familien entgegenkommen.

4. Die Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln soll 0,50 DM je Verordnung betragen.

5. Es bleibt der Satzung der einzelnen Kassen überlassen, ob sie eine Zuzahlung zu den Krankenhauspflegekosten einführen.

Dieser Kompromiß muß noch im einzelnen gesetzestheoretisch formuliert werden. Der zuständige Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Arbeiten an diesem Vorschlag unmittelbar nach Pfingsten fortsetzen, so daß der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages nach der Pfingstpause seine Beratungen über die Krankenversicherungsreform wiederaufnehmen kann.

### Irreführende Propaganda

Die lange Beratung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nichts — wie böswillige Kritiker behaupteten — mit Mangel an Entscheidungsfreiheit in der CDU/CSU zu tun. Es ging vielmehr darum, einen Weg zu finden, den alle Teile der Fraktion mitzugehen bereit waren. Wenn der Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion Gesetz wird, ist damit der Erhaltung und Hebung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung in der Bundesrepublik ein großer Dienst erwiesen. Diesem Ziele dienen der Rechtsanspruch auf ärztliche und zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen, die vorgesehenen Vorsorgekuren für Versicherte und ihre Angehörigen und die freie Arztwahl auch für Kassenpatienten. Die Propaganda, die die SPD und der DGB gemeinsam gegen die geplante Reform durchführen, ist irreführend. Die SPD und der DGB sprechen bei der geplanten Reform von einem sozialen Rückschritt. Statt dessen wollen sie einen echten sozialen Fortschritt verhindern.

## KURZ - ABER WICHTIG

**Die Produktionsleistung je Arbeitsstunde in der Industrie ist nach Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums im ersten Quartal 1960 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um rund 10 v. H. gestiegen.**

Fast dreimal größer als 1948/49 ist heute die Rindfleischportion des Bundesbürgers, um das Vierfache ist die Schweinefleischportion gestiegen. Das Einfuhrvolumen an Fleisch war 1959 um 137 000 Tonnen höher als 1958.

**Mehr als eine halbe Million Arbeiter haben ein europäisches Arbeitsbuch in der Tasche und verdienen ihr Geld außerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes. Insgesamt wurden 1959 in der EWG 508 353 Wanderarbeiter aus den Ländern der Gemeinschaft registriert, die vom Recht der Freizügigkeit Gebrauch gemacht haben.**

An den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik studierten im Wintersemester 1959/60 21 000 ausländische Studenten. Die stärkste Gruppe stellten die Griechen mit 3075 Studierenden, danach folgten die Perser mit 2863.

# Entlastung für den Mittelstand

Alfred Burgemeister MdB: Ergebnis der Wirtschaftspolitik

Während in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die Vergenossenschaft aller Wirtschaftsbereiche auch die letzten selbständigen Existenzen vernichtet, sind die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU weiter bemüht, die in der Regierungserklärung von 1957 niedergelegte Verpflichtung auf Erhaltung einer breiten Schicht von Selbständigen zu erfüllen.

Durch ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren allen Beteiligten an der Wirtschaft ein gesichertes Auskommen und ein zufriedenstellendes Maß an Wohlstand ermöglicht. An den wachsenden Umsatzzahlen hat nicht nur die Großwirtschaft, sondern auch der mittelständische Bereich unserer Wirtschaft Anteil gehabt.

Ein kurzer Blick auf die Entwicklung im Groß- und Einzelhandel und im Handwerk, in jenen Wirtschaftsbereichen also, die vorwiegend mittelständisch strukturiert sind, zeigt das deutlich. 1950 betrug der Umsatz des Großhandels ca. 66 Milliarden DM. 1959 waren es 155 Milliarden DM. Beim Einzelhandel stieg die Umsatzzahl von ca. 30 Milliarden DM im Jahre 1950 auf ca. 75 Milliarden DM in 1959. Eine glänzende Entwicklung weisen auch die Umsätze des deutschen Handwerks auf. 1949 betrug der Handwerksumsatz ca. 20 Milliarden DM. Im Jahre 1959 stieg er auf über 66 Milliarden DM an.

So günstig diese Zahlenentwicklung auch ist, so darf man doch nicht darüber hinwegsehen, daß sich innerhalb der einzelnen Bereiche fortlaufend Strukturverschiebungen vollziehen. Diese Strukturverschiebungen verdienen die besondere Aufmerksamkeit von Regierung und Parlament. Ein in den letzten Wochen vor allem in den beteiligten Kreisen heftig diskutiertes Strukturproblem ist das Vordringen der Großbetriebe im Bereich des Lebensmittelhandels. Schon im vergangenen Jahr hat der Bundestag auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit der Freistellung einer großen Zahl von Artikeln des Lebensmittelsortiments von der

einprozentigen Großhandelsumsatzsteuer die schwierige Lage des mittelständischen Lebensmitteleinzelhandels im Konkurrenzkampf gegenüber den Großbetrieben berücksichtigt. Die bevorstehende Initiative der Regierungsfractionen zur Einführung eines sogenannten Unternehmerfreibetrages bei der Gewerbesteuer wird ein weiterer Schritt zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen sein.

Der Mittelstand weiß, daß er auf die Dauer nur in der sozialen Marktwirtschaft bestehen kann. Andererseits müssen sich alle verantwortlichen Wirtschaftspolitiker auch immer bewußt sein, daß die Marktwirtschaft nur dann funktioniert, wenn eine Vielzahl leistungsfähiger kleinerer und mittlerer selbständiger Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen und -gewerben besteht.

## KP-Versteckspiel an der Saar

Kommunalwahlen: Eine andere Partei - dieselben Namen

Bei den Kommunalwahlen am 15. Mai verfolgten die saarländischen Kommunisten die Absicht, in einer eigenen Partei ein neues Sammelbecken zu schaffen. Da die „Freien Listen“ nach saarländischem Wahlgesetz nicht zugelassen waren, suchten sie in der „Deutschen Demokratischen Union“ Ersatz.

Diese Partei wurde im September 1955 vor dem Abstimmungskampf gegründet. Beim Delegiertentag der „DDU“ am 7. 7. 1957 konstituierten sich die Delegierten, an ihrer Spitze der katholische Volksschullehrer Hugo Berrar, als Landesverband Saar des „Bundes der Deutschen“ (BdD). Die „DDU“ blieb trotzdem im Parteiregister weiter eingetragen, ohne jedoch noch besonders in Erscheinung zu treten. Man darf annehmen, daß selbst die fünf Vorstandsmitglieder sich nicht mehr darüber im klaren waren, daß ihre Partei noch bestand, ganz abgesehen von den Mitgliedern. Anfang 1960 erwachte nun die „DDU“ aus ihrem Dornröschenschlaf.

Namhafte kommunistische Hintermänner veranlaßten diese Wiederbelebungsversuche zuerst bei der „Landesleitung“. Dann folgten in verschiedenen Gemeinden Gründungen neuer Ortsverbände, wozu oft von Kommunisten eingeladen worden war. In der weiteren Entwicklung erwies sich dann eindeutig die Steuerung der so plötzlich wiedererweckten Organisation durch die illegale KP. In 23 Gemeinden und zwei Kreisen reichte die „DDU“ Kandidatenlisten ein, auf denen allein mindestens 37 Männer und Frauen um die Gunst der Wähler warben, die bereits für die KP-Saar teils für den Landtag, teils für die kommu-

## Seltene Reise nach Berlin

Die Eltern der Schüler, die die Abschlußklasse des Bremer Gymnasiums „Am Parkhof“ besuchen, hatten einigen Grund, sich über die merkwürdige politische Bildung zu wundern, die der Schulleiter, Oberstudiendirektor Dr. Wietig, ihren Kindern empfahl. Dr. Wietig legte der Klasse nahe, bei einer Studienreise nach West-Berlin im sowjetischen Sektor Berlins als Bauhilfsarbeiter zu arbeiten — mit der Begründung, man könne so die Menschen dort besser verstehen. Weiter empfahl er den Schülern, an der geplanten Großkundgebung im Lustgarten aus Anlaß des Chruschtschow-Besuches in Berlin teilzunehmen, da dies doch eine einmalige Gelegenheit sei, diesen Mann zu sehen und kennenzulernen.

Diese Vorschläge stehen im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Schulleiter die aus öffentlichen Mitteln geförderten Studienreisen für Schüler nach West-Berlin in jedem Jahr dazu benutzt, dem „Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ in Ost-Berlin einen Besuch abzustatten. Aus diesem Grunde hat der Senator für Volksbildung in West-Berlin, Tiburtius, der Schule bereits mitteilen müssen, daß er dringend von solchen Besuchen abrate, da er anderenfalls die Zuschüsse für solche Studienreisen streichen werde.

## Posten für den Genossen

In der Wilhelmshavener Kommunalverwaltung war durch den Aufstieg des SPD-Stadtrates Grunewald zum Stadtdirektor eine Ratsstelle frei geworden. Die CDU beantragte, diese Stelle zu streichen. Die Stadt habe immer nur fünf Dezernten gehabt, erklärte ihr Sprecher. Durch die Einstellung eines Baurates sei die fünfte Stelle nun ausreichend besetzt. Es sei nicht einzusehen, jetzt wieder eine sechste Dezerntenstelle zu schaffen.

Der CDU-Antrag wurde von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Die sechste Dezerntenstelle erhielt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Schwedes. 20 qualifizierte Bewerber, die sich ebenfalls um die Dezerntenstelle bemühten, wurden nach Angaben des CDU-Sprechers gar nicht in die engere Wahl gezogen; die einzige Qualifikation sei für die SPD in diesem Fall das Parteibuch.

# Bundeshilfe für Berlin

## Die Bundeskasse deckt das Defizit

Nach Artikel 23 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland erstreckt sich sein Geltungsbereich auch auf Berlin. Diese Zugehörigkeit von drei der vier Sektoren Berlins zum freien Teil Deutschlands ist von den alliierten Besatzungsbehörden der drei Westsektoren lediglich dahingehend eingeschränkt worden, daß Berlin „während der Übergangsperiode keine Eigenschaften eines 12. Bundeslandes besitzen wird“.

Daraus ergibt sich, daß Berlins Vertreter in Bundestag und Bundesrat nur ein beschränktes Stimmrecht haben. Andererseits ist durch Bundesgesetz festgelegt, daß das Land Berlin alle Gesetze der Bundesrepublik übernehmen muß, die mit einer Berlin-Klausel versehen sind. Dadurch wird die finanzielle Hilfe der Bundesrepublik für die deutsche Hauptstadt gesichert.

Seit Ende 1949 ist West-Berlin in die Marshallplan-Hilfe einbezogen. Aus anderen alliierten Hilfsfonds wurden weitere Gelder zur Verfügung gestellt.

Die Bundesrepublik leitete am 17. April 1950 das „Notstandsprogramm für Berlin“ ein. Allein dieses Sonderprogramm erbrachte in den vergangenen 10 Jahren Hilfgelder in Höhe von 1,3 Milliarden DM. Im Jahre 1960 stehen weitere 50 Millionen DM aus diesem Notstandsprogramm zur Verfügung. Als es begann, waren 350 000 Westberliner arbeitslos — ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung. 1959 aber zählte West-Berlin nur noch 59 000 Arbeitslose. Gegenwärtig sind es 41 000.

### Der Bund deckt das Defizit

Dabei ist das Notstandsprogramm nur eine der Sonderleistungen; neben ihr haben die Hilfe der Bundesrepublik und die nachhaltige Unterstützung der westdeutschen Wirtschaft noch weit größeres Gewicht. Seit 1950 beträgt das Haushaltsdefizit des Landes Berlin jährlich im Durchschnitt 1,2 Milliarden DM. Die staatlichen Zuschüsse einschließlich der Renten aus dem Bundesgebiet machten bisher durchschnittlich 1,5 Milliarden DM im Jahr aus. Im jetzt laufenden Rechnungsjahr 1960 steigt die Bundeshilfe für West-Berlin sogar auf 1,8 Milliarden DM, das ist mehr als die Hälfte der gesamten Haushaltseinnahmen des Landes Berlin. Allein seit der Bekanntgabe des sowjetischen Ultimatums gegen West-Berlin sind aus Marshallplan-Gegenwert-Geldern 330 Millionen DM bereitgestellt worden. Weitere 340 Millionen DM stehen in diesem Jahre zur Verfügung.

Die Hilfe der Bundesregierung für West-Berlin ist sehr konkret: Neben den 1,8 Milliarden DM für West-Berlins Landeshaushalt fließen aus der Bundesrepublik Unterstützungsgelder für die Kriegsofferversorgung, Zuschüsse zur Sozialversicherung, Gelder für die Arbeitslosenhilfe und Zuschüsse für die Universitäten nach Berlin — um nur einiges zu nennen. Diese Beiträge machen weitere 1,25 Milliarden DM im Jahre 1960 aus. Allein im jetzt laufenden Jahr stellt der Bund für West-Berlin 3,06 Milliarden DM zur Verfügung. Berücksichtigt man, daß der Bund aus seinem in Berlin aufkommenden Steuer-

anteil andererseits 1,4 Milliarden DM gewinnt, dann bleibt für dieses Jahr trotzdem ein Bundeszuschuß für die Westberliner in Höhe von rund 1,66 Milliarden DM.

### Aufträge nach Berlin

Außerordentlich wichtig bei der Hilfe Westdeutschlands für Berlin sind die Bauaufträge und anderen staatlichen Vorhaben, die bevorzugt in die deutsche Hauptstadt vergeben werden. Allein in den neun Monaten des Haushaltsjahrs 1960 sollen in West-Berlin insgesamt 45,6 Millionen DM für staatliche Bauten ausgegeben werden. Im vergangenen Jahr waren es 54 Millionen DM.

Ganz besonders intensiv hat sich Westdeutschlands Wirtschaft der „Aufgabe Berlin“ angenommen. Daß West-Berlin

die mit Chruschtschows Ultimatum am 27. November 1958 eingeleitete Phase bisher so gut überstanden hat, ist nicht zuletzt auch auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Die Industrie und der Handel der Bundesrepublik haben seit Moskaus Anschlag auf West-Berlins Freiheit in verstärktem Umfang Aufträge nach West-Berlin vergeben und selbst neue industrielle Bauten in den drei Westsektoren verwirklicht. Das führte dazu, daß West-Berlins Wirtschaft aus der Bundesrepublik im Jahre 1959 um 21 v. H. — also mehr als ein Fünftel — höhere Aufträge erhielt als 1958. Dadurch stiegen die Lieferungen nach Westdeutschland um 19 v. H. In Geld ausgedrückt: West-Berlins industrielle Umsätze stiegen 1959 gegenüber dem Vorjahr um 1,06 Milliarden DM. Der Wert der Lieferungen nach Westdeutschland erhöhte sich um 903 Millionen DM.

Wie sehr ganz Westdeutschland sich zur alten deutschen Hauptstadt bekennt, zeigt die Tatsache, daß Berlin heute wieder die wichtigste Kongreßstadt Deutschlands ist. In den letzten acht Jahren besuchten rund 10 Millionen Menschen, davon etwa die Hälfte aus der Sowjetzone und Ost-Berlin, die jährliche große „Deutsche Industrie-Ausstellung“ in Berlin. Mit dem Bekenntnis zu Berlin zeigen und zeigten die Bundesrepublik und die Völker des Westens ihren Willen, auch unter Opfern für die Freiheit von mehr als zwei Millionen Menschen einzustehen.

# Das Bündnis, das uns sichert

## Bundesminister Strauß: Fünf Jahre Zugehörigkeit zur NATO

Seit fünf Jahren gehört die Bundesrepublik dem Atlantischen Verteidigungsbündnis als Partner mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an. In einem Artikel im „Bulletin“ der Bundesregierung hat Bundesverteidigungsminister Strauß auf die Bedeutung und den Wert der NATO für die Freiheit des Westens nachdrücklich hingewiesen.

Bundesverteidigungsminister Strauß schreibt in dem Artikel u. a.:

„Die Bedrohung durch die militante Ideologie des Weltkommunismus war uns, seit ihr Hitler in verbrecherischem Wahn das Tor nach Europa öffnete, schon auf Grund unserer geographischen Lage an der Nahtstelle zwischen West und Ost doppelt spürbar und gefährlich. Diese Gefahr ließ uns sehr rasch erkennen, daß unser Volk wie alle freien Völker unseres Kontinents Wohlstand, Freiheit und Grenzen nurmehr sichern können, wenn es gelingt, alle Kräfte zu konzentrieren, damit optimale Effekte zu erzielen und eine dauerhafte politische und militärische Solidarität zwischen den freien europäischen Ländern und den nordamerikanischen Staaten zu schaffen. Nur diese dauerhafte Solidarität wird in Zukunft für Europas Schicksal entscheidend sein.

Die Idee der Atlantischen Gemeinschaft war deshalb von vornherein von zwei Zielen getragen: Aus der militärischen Allianz muß sich in zunehmendem Maße eine politische Gemeinschaft entwickeln, in der das Bewußtsein der großen geistigen Gemeinschaft unserer freiheitlichen Lebensordnung lebendig ist. Die Verwirklichung des ersten Ziels führte zur Konzeption der indirekten Verteidigung, je-

nes Gleichgewichts, das durch ein glaubhaft tödliches Risiko für den Aggressor den Krieg von vornherein verhindert. Das zweite Ziel weitete den Problembereich in alle Gebiete zwischenstaatlicher Zusammenlebens, insbesondere im politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Raum. Beide Ziele sind nicht voneinander zu trennen. Mitglied der NATO zu sein, bedeutet deshalb mehr, als den Schutz eines Militärbündnisses zu genießen.“

Verteidigungsminister Strauß hebt hervor, daß der Kommunismus alles daran setzt, um das Vertrauen der westlichen Welt in die Bundesrepublik zu erschüttern und dadurch die NATO selbst zu schwächen. Die Freiheit aber werde stärker sein.

„Ulbrichts Traum und Chruschtschows Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands unter Hammer und Sichel und damit die Versklavung Europas, werden Wunschtraum bleiben. Schulter an Schulter stehen die freien Völker und sichern Freiheit und Frieden. Auch der deutsche Soldat sieht darin seine einzige Pflicht. Auch im sechsten Jahr unserer Partnerschaft in der NATO wird sich das Bündnis der Atlantischen Völker im Trommelfeuer kommunistischer Propaganda bewähren.“

# Die Verantwortung der CDU

## Unverminderte Sorge für die Vertriebenen und Flüchtlinge

Über die Verantwortung der CDU für die Vertriebenen und Flüchtlinge sprach in der Schlußsitzung des CDU-Bundesparteitages in Karlsruhe der Bundestagsabgeordnete Hans Krüger. Er erörterte die Frage, ob es gelungen ist, diesen Bevölkerungsteil in den vergangenen 15 Jahren gleichberechtigt einzugliedern, ferner das Problem, wie sich die CDU zu den heimatpolitischen Problemen der Vertriebenen und Flüchtlinge gestellt hat.

Hans Krüger führte u. a. aus:

„Es geht darum, ob im Zeichen der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik und im Zuge der wirtschaftlichen wie sozialen Eingliederung das Vertriebenenproblem nunmehr als erledigt angesehen werden kann. Es geht heute dabei nicht darum, Ihnen hier zahlenmäßig einen Überblick darüber zu geben, was auf allen Gebieten nach dieser Richtung hin getan worden ist. Nur eine Zahl möchte ich hier an dieser Stelle erwähnen, weil sie gerade in den letzten Tagen in der Presse herausgebracht worden ist, nämlich, daß der Gesamtaufwand für Vertriebene und Flüchtlinge seit der Währungsreform sich auf 35 Milliarden DM beläuft. Eine Feststellung ist aber daraus gerechtfertigt, nämlich die, daß diese Leistungen ohne die Initiative und die entscheidende Mitwirkung der CDU niemals möglich gewesen wären. Diese Leistungen sind um so beachtlicher, als naturgemäß eine die Regierung und damit die Verantwortung tragende Partei auch die Frage der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge nur unter Berücksichtigung des Gesamtwohls prüfen und entscheiden darf und muß.“

### Der Beitrag der Vertriebenen

Eines dürfen wir aber nicht vergessen. Wenn wir mit vollem Recht unsere bisherige Hilfe positiv unterstreichen, so müssen wir uns auch stets gegenwärtig sein, wie unermeßlich die Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlinge zum sogenannten deutschen Wirtschaftswunder beigetragen haben. Dieser ausgesprochen materielle Beitrag ist in Zahlen nicht zu fassen.

Die Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaus zugunsten der Vertriebenen und Flüchtlinge sind gerade in den letzten Jahren derart gewachsen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Unter-

bringung der neu Hinzugekommenen möglich geworden ist. In diesem Zusammenhang muß aber eine Tatsache besonders hervorgehoben werden, nämlich die Zurückführung der Belegung der Lager in den letzten beiden Jahren von 210 000 auf 130 000. Die weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiet lassen erwarten, daß in spätestens drei Jahren diese Wohnlager endgültig geräumt sein werden.

### Gesellschaftliche Eingliederung

Trotz dieser umfassenden Maßnahmen auf allen Gebieten müssen wir aber feststellen, daß noch viele Fragen offen sind. Diese Feststellung ist nötig, weil im In- und Ausland verschiedentlich die Eingliederung schon als abgeschlossen angesehen wird.

Die gesellschaftliche Eingliederung kann erst dann als vollendet angesehen werden, wenn entsprechend der Größe der Bevölkerungsanteile der Vertriebenen und Flüchtlinge eine Beteiligung und Einspannung, eine Mitarbeit und Anerkennung im privaten und öffentlichen Bereich vorhanden ist. Diese Bindungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu fördern, den Vertriebenen und Flüchtling teilhaben zu lassen an all diesen Dingen, ist eine besondere Aufgabe der CDU.

Die Bundesregierung hat der Betreuung des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems 1949 durch die Einrichtung eines besonderen Ministeriums für Vertriebene,

Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Rechnung getragen. Die Einrichtung dieses Ministeriums war zunächst eine entscheidende politische Frage. Auch heute ist die Erhaltung dieses Ministeriums aus politischen Gründen erforderlich. Das Bestehen eines solchen Ministeriums bezeugt auch dem oft nicht orientierten Ausland, welche Bürde die Bundesregierung zu tragen hatte und noch weiterhin zu tragen hat.

Es gibt nun bei der wirtschaftlichen Eingliederung zahlreiche Punkte, die noch einer positiven Lösung entgegengeführt werden müssen. In erster Linie ist dabei an die heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern und Landwirte zu denken. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß gerade bei dieser Frage es nicht allein mit Worten abgetan ist, sondern daß hier auch Taten folgen müssen. Dies ist um so selbstverständlicher, weil dies

---

*Mit der Veröffentlichung der Rede des Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Hans Krüger, beschließen wir die Berichterstattung über den 9. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe.*

---

den Grundsätzen auf dem Gebiet der Schaffung von Eigentum, der Mittelstandsförderung und der Wahrnehmung sozialer Belange entspricht. Die CDU ist sich aus ihrer ethischen, moralischen und christlichen Haltung heraus der Tatsache bewußt gewesen, daß den durch den Verlust der Heimat Entwurzelten die Möglichkeiten zu einem neuen Start gegeben werden mußten. Wenn ich nun vorhin darauf hingewiesen habe, welche weiteren Aufgaben noch zur Vollendung der Eingliederung durchgeführt werden müssen, so rechtfertigt die bisher gezeigte Haltung den Schluß, daß auch in der Zukunft die Probleme der Vertriebenen und Flüchtlinge gerade durch die CDU angepackt und einer gerechten Lösung entgegengeführt werden.

## Konsequente außenpolitische Haltung

Im außenpolitischen Raum ist die Haltung der Partei die ganzen Jahre hindurch konsequent geblieben. Schon auf dem 1. Bundesparteitag am 22. 10. 1950 hat die Union in einer Entschließung sich zu dem von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat bekannt und gegen die Massenvertreibungen deutscher Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten protestiert. Auch in den nachfolgenden Jahren sind die Erklärungen der Fraktionen im Bundestag und auch die Erklärungen der Bundesregierung gleichgeblieben.

Gleichzeitig aber hat die Bundesregierung versichert, daß sie ihren Rechtsanspruch niemals mit Mitteln der Gewalt, sondern ausschließlich auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verwirklichen will. Diese Auffassungen werden auch von den Vertriebenen und Flüchtlingen voll und ganz anerkannt.

Ich möchte an dieser Stelle dem Herrn Bundeskanzler besonders dafür danken, daß er die Frage des Selbstbestimmungs-

rechts, wenn auch zunächst nur in bezug auf die Hauptstadt Berlin, bei seinem letzten Amerika-Besuch angeschnitten hat. Ich glaube, daß dadurch der Bann gebrochen sein wird, der hinsichtlich der Frage der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber dem deutschen Volk in der westlichen Welt bestanden hat, obwohl sonst nach 1945 die Selbstbestimmungsidee in das Völkerrecht in einem Maße Eingang gefunden hat, wie wir es vor mehreren Jahrzehnten noch nicht erwartet hatten.“

### Aktion für Mittelständler

Wie das Bundesvertriebenenministerium mitteilt, wurde von den Verbänden der gewerblichen Wirtschaft mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände eine Aktion berufsständischer Solidarität zugunsten der aus Besitz und Beruf verdrängten Mittelständler der sowjetischen Zone ins Leben gerufen. Ziel der Aktion ist es, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Einzelhändlern bei der Eingliederung in ihren Beruf praktische Hilfe zu leisten. Gleichzeitig hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes die Bereitschaft bekundet, Nebenerwerbsstellen für enteignete Bauern zu schaffen. Der Bundespräsident hat den Betrag für die Errichtung von zwei Nebenerwerbsstellen zur Verfügung gestellt. Die Aktion wird nun in den Bundesländern durchgeführt.

---

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank - Bankverein, Bonn Nr. 12 493. — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# „Neue Heimat“ politisiert

## Seltene Veröffentlichung einer Wohnungsbaugesellschaft

Als Mißbrauch der Freiheit kennzeichnet die in Köln erscheinende Zeitschrift „Rheinischer Merkur“ eine Veröffentlichung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat“ in Hamburg. Das Wohnungsbauunternehmen hat in seiner Zeitschrift eine politisch einseitige Stimmungsmache gegen die Verteidigungskosten getrieben.

Dazu schreibt der „Rheinische Merkur“ am 27. Mai:

„In der freien Bundesrepublik kann erfreulicherweise jedermann politische Propaganda betreiben. Sie muß sich nur im Rahmen der Verfassung und der einschlägigen Gesetze halten. Von dieser Möglichkeit machen nicht allein die Parteien Gebrauch, sondern auch viele andere Organisationen. Es muß aber als grober Mißbrauch der Freiheit bezeichnet werden, wenn ein gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen propagandistische Vorspanndienste für eine politische Partei leistet.

Die ‚Neue Heimat‘ in Hamburg ist eine gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft, eine der größten ihrer Art im Bundesgebiet. Daß sie unter sozialdemokratischem Einfluß steht, braucht an sich kein Stein des Anstoßes zu sein. Wie viele andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen hat die ‚Neue Heimat‘ ihr schnelles Wachstum in den Nach-

kriegsjahren nicht zuletzt der vorausschauenden Wohnungsbaupolitik der Regierungen unter der Führung Adenauers zu verdanken, aus deren Händen sie Millionen DM an Steuermitteln zur Errichtung von Sozialbauten empfing.

Trotzdem hat dieses staatlich geförderte Unternehmen es für richtig gehalten, im Aprilheft seiner Zeitschrift ‚Neue Heimat‘ eine Attacke gegen die Verteidigungsanstrengungen des Westens zu reiten. Über den Charakter dieses Angriffs kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß am Anfang des reich bebilderten Artikels auf die — von keinem vernünftigen Menschen bestrittene — Notwendigkeit einer weltweiten Abrüstung hingewiesen wird. In dem Heft, das in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheint, wird in Wort und Bild dargestellt, wie viele Wohnbauten für ein Unterseeboot, für einen schweren Panzer, für einen leichten Kampfbomber und für sonstige Instrumente des Krieges errichtet werden könnten. Gezeigt werden natürlich nur westliche Waffen. Auf eine vergleichende Wertung mit dem Osten wird völlig verzichtet.

Das Ganze ist eine Stimmungsmache, die den unbefangenen Leser leicht auf den Gedanken bringen kann, daß hier Riesenbeträge geradezu vergeudet werden. Ob sich die Hintermänner dieser Kampagne nicht auch im klaren darüber sind, daß ohne den entschlossenen Abwehrwillen des Westens keine Wohnungen mehr in Frieden und Freiheit gebaut werden könnten? Wenn wir wehrlos werden und die Welle des Bolschewismus über uns hinwegfegt, wird es keine Eigenheime, ja überhaupt kein privates Eigentum mehr geben. Dann werden wir mit bestenfalls Stalin-Alleen beglückt, in deren Nebenstraßen auch heute noch ein unbeschreibliches Wohnungselend herrscht, weil der Kollektivismus des Ostens jede private Initiative tötet, aber selber gar nicht in der Lage ist, gesunde familiengerechte Wohnungen zu bauen, von einer modernen städtebaulichen Ordnung gar nicht zu reden. Was an guten Wohnungen vorhanden ist, wird dann den Funktionären, den Handlangern und Nutznießern des Systems vorbehalten

sein, während die Neubautätigkeit auf ein Minimum zusammenschrumpfen wird. Sind das Bauernlegen und die Kollektivierung der Handwerker in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nicht schon Beweis genug, was uns im Falle eines Nachlassens unserer Bemühungen um die Sicherheit blühen würde?

Der propagandistische Ausfall der ‚Neuen Heimat‘ wäre allenfalls noch zu verstehen, wenn in der Bundesrepublik wenig und schlecht gebaut würde. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall, und das ist der Redaktion dieser Fachzeitschrift sehr wohl bekannt. Das ‚gemeinnützige Unternehmen‘ hat sich schamlos mißbrauchen lassen.“

## Theorie und Praxis

Der hessische Wirtschaftsminister Franke (BHE) erklärte in Fulda, die für Hessen vorgesehenen Mittelpunktschulen, die Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD sind, sollten nur auf freiwilliger Basis eingerichtet werden. Die CDU-Fraktion teilte hierzu mit, daß im Gegensatz zum Freiwilligkeitsprinzip der hessische Kultusminister Schütte (SPD) die Regierungspräsidenten angewiesen habe, für den Ausbau oder Neubau von ein- oder zweiklassigen Volksschulen alle Mittel zu sperren.

## Über Zersetzung aufklären

Die 12 Innenminister und Senatoren der Bundesländer sprachen sich auf einer Konferenz für einen aktiveren Verfassungsschutz aus. Wie der schleswig-holsteinische Innenminister Lembke, CDU, mitteilte, sind die Minister der Auffassung, daß neben der Abwehr verfassungsfeindlicher Aktionen nun endlich dazu übergegangen werden müsse, die Bevölkerung über die Gefahren der kommunistischen Zersetzungsarbeit aufzuklären.

## Aus Ulbrichts Reich

HUMOR. Wilhelm Buschs Ausspruch „Humor ist, wenn man trotzdem lacht“ paßt der sowjetzonalen Zeitung „Tribüne“ nicht. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ sei der Humor „lebensbejahend“ und daher nicht „trotzdem“, meint sie, sozialistischer Humor sei auch parteilich: „Parteilich sein ist immer richtig, auch in der heiteren Muse.“

KONFEKTION. Unverkäufliche Konfektion wegen schlechter Qualität, unmodernen Schnittes und unschöner Farben im Werte von über 5 Millionen Ostmark will der sowjetzonale Großhandel nun im volksdemokratischen Ausland absetzen. Eine Sowjet-Exportfirma soll dabei helfen.

RUCKSCHRITTLICH. Als „Träger rückschrittlicher Ideologie“ werden in der Ostberliner Nationalzeitung Wandsprüche kritisiert, wie sie in vielen Geschäften zu haben seien, etwa: „Mir langt's, „Wer hier nicht verrückt wird, ist selber schuld“, „Seitdem ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere“.

SCHIESSMEISTER. Zur Frühjahrsmeisterschaft im Sportschießen müssen die Ostberliner Journalisten antreten. Sie sind, wie ADN meldet, zu besonderen Schießgruppen zusammengefaßt.

## Mitgehört - mitgelesen

Unter der Überschrift „Abseits von Europa“ schreibt der englische „Guardian“ am 23. Mai:

„Der Gedanke, daß wir abseits von Europa besondere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten unterhalten können, ist mit ziemlicher Sicherheit falsch. Die amerikanische Regierung hat bereits zu erkennen gegeben, daß sie, wenn es darauf ankommt, eher den Gemeinsamen Markt unterstützen wird als uns. Je mehr die wirtschaftliche Stärke und der Zusammenhalt der ‚Sechs‘ zunehmen, desto mehr sind die Vereinigten Staaten geneigt, diese Gruppe als ihren bedeutendsten Alliierten in Europa anzusehen. Der Einfluß, den wir uns von unserer Verbindung mit den ‚Sieben‘ und von unseren schwachen Bänden mit den Commonwealth-Ländern versprechen können, ist viel geringer.

In allgemeineren Worten: Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß die Entwicklung überall auf größere politische und wirtschaftliche Einheiten zuläuft. Die Möglichkeiten, die ein einzelnes Land hat, sind im Schwinden begriffen. Großbritannien macht davon trotz seiner ruhmreichen Vergangenheit keine Ausnahme. Gehörten wir zum Gemeinsamen Markt, so käme unserer Stimme noch immer großes Gewicht zu, aber wir müssen jetzt einsehen, daß die Europäische Gemeinschaft Gestalt annimmt und begründete Aussicht hat, sehr stark zu werden — ob uns das nun gefällt oder nicht. Wir können ihr beitreten, aber wir können sie nicht aufhalten.“

## Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 21. Mai bis 27. Mai sind 4980 Menschen aus der Sowjetzone (in der Vorwoche 4290) in die Bundesrepublik geflohen. Davon waren 613 (583) Alleinstehende bis zu 24 Jahren.